

*Rheinland-Pfälzer, welche die GRÜNEN wegen der friedenspolitischen Forderungen in ihrem Wahlprogramm in den Mainzer Landtag gewählt haben, werden in dem mit Becks SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag vergeblich danach suchen.*

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 084/11 – 20.05.11

## **Die friedenspolitischen Forderungen der rheinland-pfälzischen GRÜNEN vor der Landtagswahl 2011 und was im Koalitionsvertrag mit Becks SPD davon übrig geblieben ist**

### **Auf nach GRÜNland-Pfalz**

Aus dem Programm der GRÜNEN zur Landtagswahl 2011, S. 109 (s. [http://gruene-rlp.de/userspace/RP/lv\\_rlp/pdfs/gruene\\_dokumente/Programm\\_LW\\_2011\\_net.pdf](http://gruene-rlp.de/userspace/RP/lv_rlp/pdfs/gruene_dokumente/Programm_LW_2011_net.pdf) )

### **Rheinland-Pfalz zivil umwandeln**

In Büchel lagern weiterhin Atomwaffen. Diese dienen der „nuklearen Teilhabe“ der Bundesregierung, weshalb deutsche Pilotinnen und Piloten den Abwurf von Atomwaffen trainieren. Nukleare Teilhabe besagt, dass die Bundesregierung mitentscheidet, ob und wie die Atombomben eingesetzt werden – ein klarer Verstoß gegen Grundgesetz und internationales Recht. **Wir wollen, dass die Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz sofort abgezogen und unschädlich gemacht werden und die Bundesregierung die rechtswidrige „nukleare Teilhabe“ aufgibt. Wir wenden uns aktiv gegen völkerrechtswidrige Einsätze, die von Rheinland-Pfalz ausgehen.**

Durch das US-Luftwaffenhauptquartier in Ramstein und die Militärbasis Spangdahlem fungiert Rheinland-Pfalz als zentrale logistische Drehscheibe für internationale Militäreinsätze. Aufgabe GRÜNER Landespolitik ist weiterhin, Auswege aus der Funktion unseres Bundeslands als „Flugzeugträger“ für internationale Militärinterventionen aufzuzeigen. Die SPD-Landesregierung profiliert sich durch einen massiven Einsatz für die Aufrechterhaltung der Militärpräsenz und fördert den Ausbau der verbliebenen US-Stützpunkte in Rheinland-Pfalz mit Zuschüssen aus dem Landesetat. Dagegen treten wir GRÜNE dafür ein, dass die Militärpräsenz in unserem Land planvoll abgebaut wird. Die künftige Landesregierung muss an die Bundesregierung, die USA und die NATO starke Signale zum Truppenabzug senden. Wir wollen, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit ganzer Regionen in unserem Land vom Faktor Militär durch eine vorausschauende Politik der zivilen Umwandlung (Konversion) überwunden wird, durch die neue zivile Arbeitsplätze geschaffen werden. Die anstehenden Konversionsprojekte sollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt und begleitet werden.

**Wir wollen eine Konversionsagentur für Rheinland-Pfalz einrichten, die vorausschauend die Umwandlung von militärisch genutzten Flächen und Einrichtungen zu zivilen Projekten vorantreiben und koordinieren soll.** Laufende Projekte und Erfahrungen aus Konversionsprojekten sollen dort gebündelt werden. **Unter dem Dach einer künftigen Friedensakademie Rheinland-Pfalz sollen Friedensfachkräfte ausgebildet werden, die in Krisensituationen präventiv und deeskalierend tätig werden. Dabei**

soll die Friedensakademie mit Stiftungen und Initiativen für zivilen Friedensdienst zusammenarbeiten und mit ihnen gemeinsam Ausbildungsprogramme auflegen.

**Wir lehnen die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium Rheinland-Pfalz und dem Bundesminister der Verteidigung ab, wonach die Bundeswehr von Staats wegen zum Thema „Friedens und Sicherheitspolitik“ auf Schülerinnen und Schüler einwirken darf.** Die Schule soll kein Ort für militärische Rekrutierungsversuche sein. Wir vertrauen darauf, dass das Wissen um unterschiedliche Methoden der Konfliktbearbeitung – vom militärischen bis zum zivilen und gewaltfreien Austragen von Konflikten – im regulären Schulunterricht vermittelt werden kann. **In der kommenden Legislaturperiode werden wir dafür sorgen, dass die einseitig die militärische Variante begünstigende Kooperationsvereinbarung gekündigt wird. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz zu einem Musterland der Abrüstung, Konversion und ziviler Friedenskonzepte umgewandelt wird.**

---

**Koalitionsvertrag 2011-2016 (S. 89/90)**  
Rheinland-Pfalz – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
( <http://spdnet.sozi.info/rlp/dl/Koalitionsvertrag.pdf> )

## **Militärstandorte und Konversion**

**Konversion wird auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe einer integrierten Regional- und Strukturpolitik des Landes bleiben. Einerseits stehen Konsolidierungsbemühungen bei bestehenden Projekten an, andererseits werden mit der Bundeswehrreform große Herausforderungen auf die Konversionspolitik zukommen.** Auch im Bereich der zivilen Konversion werden Land und Kommunen weiterhin stark gefordert sein. Wir wollen die auf allen Ebenen in 20 Jahren gewonnenen Erfahrungen nutzen, um die zukünftigen Konversionsprojekte mit Blick auf den sozial-ökologischen Strukturwandel weiterzuentwickeln. Wir wollen nicht nur traditionelle Beschäftigungsmöglichkeiten im verarbeitenden Gewerbe ausbauen, sondern neue Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung, neuen Informations-, Kommunikations- und Umwelttechnologien, nachhaltigem Tourismus und der Logistik schaffen. Ehemals militärisch oder industriell genutzte Flächen sollen durch die sozialökologisch orientierte Umnutzung den betroffenen Regionen neue Perspektiven eröffnen und verstärkt für umweltverträgliche Energieherstellung vorgesehen oder, wenn geeignet, renaturiert werden.

Vor dem Hintergrund des weiteren strukturellen und des demografischen Wandels wollen wir eine noch engere Verzahnung aller an der Konversion und der kommunalen Entwicklung Beteiligten erreichen. Bei den anstehenden Konversionsanstrengungen wollen wir eine ganzheitliche, räumliche Betrachtung in den Fokus nehmen, um im Rahmen einer integrierten Regional- und Strukturpolitik eine nachhaltige Entwicklung anzustoßen.

**Das Konversionskabinett hat sich als zielgerichtete Entscheidungsstruktur bewährt und bleibt erhalten.** Die Aufgaben der Entwicklungsgesellschaften werden in einer Gesellschaft konzentriert. Ihre Aufgabe ist es, insbesondere Konzepte für eine integrierte Regional- und Strukturpolitik zu entwickeln. Dabei sollen die Erfahrungen aus den bisherigen Konversionsprojekten gebündelt und nachhaltige Strukturen für Arbeitsplätze mit ziviler Ausrichtung geschaffen werden.

**Seit Bestehen des Landes sind die US-Streitkräfte ein Teil des rheinland-pfälzischen Alltags. Mit rund 8.400 zivilen deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind die US-Streitkräfte der zweitgrößte Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz. In den ver-**

gangenen zwei Jahrzehnten fand eine große Konsolidierung und Konzentrierung der Liegenschaften und der Struktur der US-Streitkräfte statt. Dieser Prozess wird weitergehen. Da wertvolle innerörtliche oder ortsanliegende Flächen frei werden, liegt darin ein großes Entwicklungspotential für die betreffenden Kommunen. Diesen Prozess wollen wir positiv begleiten, um diese Chancen für die Kommunen zu nutzen.

**Das geplante US-Militärkrankenhaus in Weilerbach wird von der Landesregierung positiv begleitet. Wir gehen davon aus, dass die Kosten von der Bundesregierung zu tragen sind, das heißt, dass das Land in diesem Zusammenhang nicht in der Kostentragungspflicht ist.**

## **Friedenspolitik**

**Die Koalitionspartner bekennen sich zur globalen Verantwortung Europas und des Landes Rheinland-Pfalz auch über die Grenzen hinaus.** Wir wollen die Globalisierung gerechter gestalten und damit einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in der Welt leisten. Die Bekämpfung von Armut einerseits, Frieden und Sicherheit andererseits stehen für uns in direktem Zusammenhang. Sie sind zwei Seiten einer Medaille. **Daher unterstützen wir die friedenspolitischen Initiativen im Land. Wir wollen, dass zivile und präventive Strategien des Konflikt- und Krisenmanagements gestärkt werden. Wir prüfen die Gründung einer Friedensakademie oder gegebenenfalls die Kooperation mit bestehenden Institutionen und Ausbildungseinrichtungen benachbarter Länder, um damit aktiv für Engagement im Bereich der Friedenspolitik zu werben.**

**Die Koalitionspartner stehen für ein atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz.** Wie schon im Landtagsbeschluss im Jahr 2005 festgehalten, soll die Bundesregierung in Gesprächen mit amerikanischen Verbündeten einen Abzug der heute noch in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen erreichen.

---

## **Unser Kommentar**

*Für schnelle Leser haben wir die Kernaussagen beider Papiere hervorgehoben, damit sie sich besser vergleichen lassen.*

*Die zentrale Forderung der GRÜNEN nach einer Reduzierung der US-Militärpräsenz in Rheinland-Pfalz und das versprochene Eintreten gegen die von unserem Bundesland ausgehenden völkerrechts- und verfassungswidrigen Kriegseinsätze kommen im Koalitionsvertrag überhaupt nicht vor. Da sich "die Koalitionspartner zur globalen Verantwortung Europas und des Landes Rheinland-Pfalz auch über die Grenzen hinaus" bekennen, wird die Landtagsfraktion der GRÜNEN wohl kaum "aktiv gegen völkerrechtswidrige Einsätze" Front machen, "die von Rheinland-Pfalz ausgehen". Auch gegen "den Ausbau der verbliebenen US-Stützpunkte in Rheinland-Pfalz" sind keine Einwände der GRÜNEN zu erwarten, denn der Neubau des bei Weilerbach geplanten "neuen US-Militärkrankenhauses" soll von der rot-grünen Landesregierung "positiv begleitet" werden. Die damit verbundene Vernichtung großer Schutzwaldflächen in unmittelbarer Nachbarschaft der US-Air Base Ramstein hat die GRÜNEN, die sonst schon die Fällung einzelner Bäume "auf die Palme" bringt, offensichtlich völlig kalt gelassen. Die US-Streitkräfte werden außerdem als "Teil des rheinland-pfälzischen Alltags" akzeptiert. Damit wird ihnen gleichzeitig auch ein unangefochtenes Bleiberecht garantiert. Völlig ungeprüft wurde die nie bewiesene SPD-Behauptung übernommen, die US-Stationierungsstreitkräfte seien "der zweitgrößte Arbeitgeber" im Land.*

*Eveline Lemke, die neue grüne Wirtschaftsministerin, hat nicht die großspurig angekündigte "Konversionsagentur" durchgesetzt, die in die Zuständigkeit ihres Ministeriums gefallen wäre, sondern sogar die Zuständigkeit für die Konversion an das SPD-geführte Innenministerium abgetreten. Sie hat sich mit einem Sitz in Becks bewährtem "Konversionskabinett" begnügt, dessen vor allem die Belange der US-Streitkräfte fördernde Aktivitäten ihr eigentlich bekannt gewesen sein müssten. Außerdem soll sich das Hauptaugenmerk rheinland-pfälzischer Konversionspolitik vor allem auf durch die "Bundeswehrreform" freiwerdende Anlagen richten.*

*Der im grünen Wahlprogramm geforderte "sofortige Abzug der US-Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz" wird reduziert auf die bereits 2005 vom Landtag beschlossene, aber nie mit Nachdruck verfolgte Aufforderung an die Bundesregierung, diesbezügliche "Gespräche" mit den USA zu führen.*

*Zur Kooperationsvereinbarung des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums mit der Bundeswehr, deren Kündigung im grünen Wahlprogramm versprochen wurde, ist in der Kooperationsvereinbarung im Abschnitt "Kooperationen mit Bundeswehr und Friedensgruppen in der Schule" auf S. 13 zu lesen:*

*Wir wollen sicherstellen, dass das Wissen um unterschiedliche Methoden der zivilen und gewaltfreien Konfliktprävention und -bearbeitung in den Schulen vermittelt wird. Bezüglich der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bildungsministerium und der Bundeswehr zum Thema „Friedens- und Sicherheitspolitik“ werden wir präzisieren, dass Schule kein Ort für Rekrutierungsversuche sein darf.*

*Darüber hinaus werden wir eine gleichberechtigte Vereinbarung mit Organisationen und Institutionen der Friedensarbeit und Konfliktforschung abschließen und diesen Institutionen dafür finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.*

*Die Gründung einer von den GRÜNEN propagierten "Friedensakademie" hätte ein notwendiges Gegengewicht gegen das überwiegend mit Landesmitteln finanzierte, die Verbundenheit mit den USA fördernde Propagandainstrument "Atlantische Akademie" bilden können. (Infos dazu sind aufzurufen unter <http://www.atlantische-akademie.de/> und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_06/LP02206\\_250206.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP02206_250206.pdf) .) Nun soll diese Idee aber nur "geprüft" werden. "Gegebenenfalls" will man sich auch auf die "Kooperation mit bestehenden Institutionen und Ausbildungseinrichtungen benachbarter Länder" beschränken, um eine ernsthafte Beschäftigung mit den Themen Frieden und Abrüstung ganz aus dem "US-Flugzeugträger Rheinland-Pfalz" fernzuhalten und jeden Gedanken an die von den GRÜNEN noch vor der Wahl erhobene Forderung "Rheinland Pfalz zivil umwandeln" aus unserem Bundesland zu verbannen.*

*Der Vergleich des Landtagswahlprogramms der GRÜNEN mit dem Koalitionsvertrag ergibt, dass ihre großspurigen friedenspolitischen Ankündigungen nicht die geringsten Spuren in dem mit Beck "ausgehandelten" Papier hinterlassen haben. Mit vorgegaukeltem friedenspolitischen Speck haben die rheinland-pfälzischen GRÜNEN genügend gutgläubige, friedensbewegte Wählermäuse eingefangen, um sich endlich auch in unserem Bundesland nicht nur den Zugang zu lukrativen Landtagsmandaten, sondern auch zu noch lukrativeren Ministerinnen- und Staatssekretärsposten zu sichern.*

*Andreas Markus, der Vorstandssprecher des Kreisverbandes Kaiserslautern der GRÜNEN, hat in einem in der RHEINPFALZ vom 14.05.11 abgedruckten Interview auf die Frage, was für ihn die größte zu schluckende Kröte in dem Koalitionsvertrag gewesen sei, geantwortet:*

"Ganz klar der Hochmoselübergang. Und vor Ort eine fehlende klare Aussage zu den hier stationierten US-Streitkräften und dem Fluglärm, den sie verursachen. Ich bin für ein partnerschaftliches Verhältnis zu den US-Amerikanern, aber man muss ihnen nicht hinterherrennen, wenn sie Einheiten abziehen. Wir brauchen im Landkreis die Perspektive, dass die Region irgendwann militärfrei wird."

*Obwohl die US-Präsenz die Bewohner der Stadt und des Landkreises Kaiserslautern viel mehr tangiert als der Hochmoselübergang, steht sie für Herrn Markus nicht an erster Stelle. Nach einer auf den US-Fluglärm beschränkten Kritik, versichert er pflichtschuldigst, "für ein partnerschaftliches Verhältnis zu den US-Amerikanern" zu sein.*

*Wie "heftig" die GRÜNEN ihre friedenspolitischen Ankündigungen in den Koalitionsgesprächen mit der SPD vertreten haben, geht aus einem weiteren Interview der RHEIN-PFALZ mit dem scheidenden Innenminister und US-Ehrenobristen Karl Peter Bruch hervor, das am 17.05.11 veröffentlicht wurde. Wir übernehmen daraus nur zwei in diesem Zusammenhang interessierende Fragen und Antworten:*

**Herr Minister, Sie sind gerade von Ihrem 16. Washington-Besuch zurückgekommen. Was sagt man dort zur neuen Landesregierung?**

Dass die USA überhaupt keine Probleme mit Rot-Grün haben. Den Amerikanern zufolge sind die Grünen für sie auch keine Unbekannten, viele kommen zum Beispiel über die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung nach Washington.

**Läuft auch hier alles normal weiter?**

Ja, ich denke schon. Zumal mein Eindruck aus den Koalitionsverhandlungen der ist, dass es da keine Schwierigkeiten gab. Sehr einvernehmlich wurde zum Beispiel das geplante US-Hospital bei Weilerbach in den Koalitionsvertrag aufgenommen.

*Wenn die GRÜNEN der SPD in den Koalitionsverhandlungen "keine Schwierigkeiten" gemacht und die von Bruch in 16 USA-Reisen mit kostspieligen Zusicherungen festgeklopfte US-Präsenz in Rheinland-Pfalz einfach abgenickt haben, braucht man sich über den vorliegenden Koalitionsvertrag natürlich nicht zu wundern.*

*Ihre schon vor Regierungsantritt gebrochenen friedenspolitischen Wahlversprechen sind die Bestätigung dafür, dass auch die rheinland-pfälzischen GRÜNEN die "olivgrüne Friedenspolitik" fortsetzen werden, die ihr Guru Joschka Fischer im Kosovo-Krieg salonfähig gemacht hat.*

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**